

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Geschnittl. Wochens. 25 Pfennig. Preis 1.- Mk. für 3 Monate. Post- und Druckkosten sind extra. Die Redaktion wird durch die Kasse des Verlages informiert. Die Redaktion wird durch die Kasse des Verlages informiert. Die Redaktion wird durch die Kasse des Verlages informiert.

Der Einzelpreis beträgt 2.000 Mk. für den vierteljährlichen Teil. Einzelhefte werden zum Preis von 2.000 Mk. abgegeben. Die Redaktion wird durch die Kasse des Verlages informiert.

Einzelpreis 5 Mill. Mk.

Freitag, den 5. Oktober 1923

3. Jahrgang Nr. 233

Direktorium oder Arbeiter-Regierung?

Arbeiter, erwehrt Euch der drohenden Stinnes-Diktatur!

Das „letzte verfassungsmäßige Kabinett“, die „letzte Regierung des Reiches“, die Kapitalistenregierung Stresemanns ist zurückgetreten. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert betraute Stresemann mit der Bildung eines Direktoriums. Aus Gründen des Wohlstandes heißt es, „nicht alle Minister sind mehr zu haben, und zwar diesen kleinen Kreis von Ministern auf die Dauer zu behalten“. In diesem Direktorium sollen auch die „deutschen Nationalen vertreten sein.“

Der Rücktritt Stresemanns und sein Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, ist die offene Kampfanlage an die Gesamtarbeiterschaft. Die Vorgeschichte des Rücktritts: Die sozialdemokratische Fraktion war mit allem, was die Schwerindustrie forderte, einverstanden. Sie kam immerhin dazu, in der ganzen Linie vor Stinnes-Gefahr, um weiter mitzugehen. In der hagerigen Frage erklärte sie sich einverstanden mit der vom Reichspräsidenten beauftragten Erklärung, um dadurch die Position des Reiches zu härten (1. „Vordwärts“), hat also verprochen, dem kommunistischen Antrag gegen Rade nicht zuzustimmen.

In der Frage Hildebrand, dessen Rücktritt von der Stinnespartei gefordert wurde, „war die Fraktion nicht der Auffassung, an einer Resolution über die Beilegung der Krise steuern zu lassen.“ („Vordwärts“) War also mit der Ausschiffung Hildebrands einverstanden.

Was den Auktionsverkauf betrifft, „kam ein Vermittlungsversuch, das Arbeitszeitgesetz auf dem regulären Wege der Gesetzgebung zur Verabschiedung zu bringen.“ Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, auf diesen Vermittlungsversuch einzugehen. („Vordwärts“)

Die Preisgabe des Auktionsgesetzes war abgemacht. „Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluss anzubieten, damit notwendige Arbeiterkündigungen nicht im Bergbau und in anderen Industriezweigen geschehen... Die sozialdemokratische Fraktion hat seinen Zweifel darüber gelassen, ob sie ihre ganze moralische Autorität einsetzen werde, um überall dort, wo Wirtschaft, zur Wiedererregung zu kommen, was für die Interessen der deutschen Wirtschaft erforderlich ist.“ („Vordwärts“)

Sei es jetzt bei dem Kasser und erklärte, daß die Gewerkschaften bereit seien, auf die Arbeiter in dem Sinne eine Steigerung der Produktion und Beschäftigung zu unterstützen.“ („Vordwärts“)

Was alles nützte ihnen nichts. Die Stinnesleute fordern eine offene Aufgabe der Sozialdemokratie zum Auktionsgesetz. Das magte sich die Sozialdemokratie vor der Arbeiterschaft nicht. Deshalb „wurde die Sozialdemokratie aus der Regierung hinaus gedrängt.“ („Vordwärts“) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mit nur 61 gegen 84 Stimmen beschlossen, die offene und brutale Formulierung der Stinnesleute abzulehnen. 54 Mitglieder der Fraktion waren aber sogar bereit, diese Formulierung anzunehmen, sich offen mit Stinnes gegen den Auktionsvertrag zu verbinden!

Was nun, nach dem Herauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung? Parlamentarische Möglichkeiten gibt es keine mehr. Die letzte bürgerliche verfassungsmäßige Regierung ist hoffnungslos. Die bürgerlichen Stimmen gehen im Parlament nicht, um die vom Stinnes-Kabinett gewünschte Parabolformel nicht gegen die Stimmen der Sozialdemokratie durchzuführen. Der „Vordwärts“ heulelert: „Die Sozialdemokratie wurde durch die Volkspartei „aus der Verantwortung hinaus gedrängt.“ Er beschwört die neue Regierung (1) die drohende Gefahr des Bürgerkriegs abzuwenden. Die bürgerlichen Parteien aber organisieren diesen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft.

Die Sozialdemokratie ist ratlos und hilflos. Was der „Vordwärts“ unmittelbar vor der Verwirklichung der offenen Stinnes-Diktatur durch ein Direktorium Ebert-Gefahr der Arbeiterschaft zu sagen hat, ist das:

„Nicht kann jeder Tag die Partei vor Entschlüssen“ von außerordentlicher Tragweite stellen. Neue Fragen werden aufstehen... Einzige...“ Kein lares Wort, kein Kampfruf, keine Mobilisierung, kein Alarmruf.

Was kann aber die Arbeiterschaft von einer Partei erwarten, die allen Vätern der Stinnes-Seck-Diktatur vorbehaltlos zuerkennt hat und nur um eine weitere, für die Arbeiterschaft unverständliche „Formulierung“ heulelert? Was erwartet die Arbeiterschaft von den 54 sozialdemokratischen Parlamentariern und dem hinter ihnen stehenden Klotz von Partei- und Gewerkschaftsfunktionen, die sogar nicht zurückzublicken, die Stinnespläne der Arbeiterschaft offen und unverhüllt zu präsentieren, die sich als Kettenhund des Kapitals zur Durchführung dieser Maßnahmen anbieten?

Die Aufgabe der Arbeiter in den Betrieben und allen Arbeitsstätten ist klar:

Keine Stinnes-Seck-Diktatur!

Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zur Abwehr der weißen Offensive!

Druck auf die Instanzen proletarischer Organisationen! Zwingt sie zur Durchführung Eures Willens!

Weg mit jedem, der der Arbeiter-Einheitsfront im Wege steht!

Weg mit jedem Landsknecht der Stinnesdiktatur!

Kämpft für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Kämpft zum Abwehrkampf! Bildet Aktionsausschüsse, organisiert den politischen Massenstreik!

Tretet in den Betrieben sofort zusammen!

Gegen das Direktorium Geheles-Stinnes!

Für den Auktionsverkauf!

Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Die Regierungskrise

(Eigene Meldung.) Berlin, 5. Oktober. Stresemann will im Laufe des heutigen Tages ein Kabinett dem Ebert präsentieren, dessen Mitglieder nach dem „Berliner Tageblatt“ sein sollen:

Dr. Stresemann (VPr.), Reichsstatthalter und Außenminister, Dr. Gehele (Dem.), Reichswest, Dr. Braun (Ztr.), Arbeit, Dr. Luther (VPr.), Finanz, eventuell auch Wirtschaft, u. Dyben (Präsident der Landwirtschaftskammer in Brandenburg) Ernährung und Landwirtschaft, der Deutschnationalen Partei nahebindend.

Dr. Huls (Zentr.) Besetzte Gebiete, eventuell auch Innenminister.

Genrich Volk und Eisenbahn, wahrscheinlich auch Staatssekretär oder Generaldirektor.

Dieses Kabinett wird in der vorausgesetzten heute stattfindenden Reichstagskammer sich vorstellen und das Ermächtigungsgesetz vorlegen.

Es besteht jedoch keine Aussicht auf dessen Annahme, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zusammenzubekommen ist. Die „Volkzeitung“ umschließt ihre Stellung zu dem neuen Kabinett wie folgt:

„Die Deutschnationale Volkspartei — das glauben wir mit aller Bestimmtheit sagen zu können —, wird nicht nur das Ermächtigungsgesetz ablehnen, sondern einem Kabinett, an dessen Spitze Dr. Stresemann steht, sein Vertrauensvotum erteilen.“

Für den Fall, daß Stresemann einräumt, daß es Ebert bereits sein, einem kleinen Direktorium die Regierungsmacht zu übergeben, das von den Reichspräsidenten bereits präsentiert ist, bezeugen wir, daß Stresemann dem Generaldirektor von Stinnes, Rinow, das Finanzministerium angeboten hat. Rinow hat abgelehnt, weil Stinnes kein Stresemann-Kabinett will.

Geschlossene Abwehrfront in Sachsen

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 5. Oktober.

Die geschlossene Abwehrfront in Sachsen ist bereits da. An die wertvolle Bevölkerung von Chemnitz (wo, wie in Dresden das „Volkzeitung“ und in Leipzig die „Arbeiter-Zeitung“, der kommunistischen „Kämpfer“ unerschrocken veröffentlichen) haben die SPD, die KPD, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsrat, FAU-Bund und I.G.M.D. Chemnitz einen Aufruf gerichtet, nachdem sie in gemeinsamer Besprechung zu folgendem Beschluß gekommen sind:

Die akute Gefahr des gegenrevolutionären Umsturzes erfordert die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterschaft.

Unbefehlt zukünftiger zentraler Regelungen erklären die unterzeichneten Organisationen, daß sie entschlossen sind, alle Angriffe der Gegenrevolution niederzuschlagen und insbesondere die verfassungsmäßige bürgerliche Regierung mit allen Mitteln zu schützen.

Die notwendigen Vorbereitungen zu gemeinsamer Abwehr sind getroffen. Ein gemeinsamer Ausschuss ist gebildet. Von der Chemnitzer Arbeiterschaft erwarten die unterzeichneten Körperschaften unbedingt die Einhaltung. Jede Sonderaktion ist abzulehnen. Dem Gegner darf die gewünschte Gelegenheit zum Voranschreiten nicht gegeben werden. Es wird dringend gemahnt, sich prozessieren zu lassen.

Nur den Aufrechten des gemeinsamen Ausschusses ist Folge zu leisten.

Der einzige Ausweg!

Nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der Koalitionsregierung, der durch den Druck der mobilisierten bürgerlichen Formationen, durch den Druck der Reichswehr, die alle Macht in den Händen hat, durch den Druck der Deutschen Volkspartei, die sich mit allen reaktionären Mächten auf Geheiß und Verberd verbündet hat, erfolgte, trotz jeter der Kampf im bürgerlichen Lager um die Vorherrschaft. Der Sozialdemokrat Ebert hat ausgerechnet, wieder Stresemann mit der Regierungsbildung beauftragt, die Regierungskrise schlieft sich tagelang hin.

Die Demokraten bemühen sich um ein Zusammenfinden der Großen Koalition. Stresemann bietet dem Sozialdemokraten Solmann erneut einen Ministerposten an, den er ablehnen muß, bringt aber auch kein rein bürgerliches Kabinett nicht zusammen, weil er dem Stinnes nicht gefällig genug ist und insofern dessen von dem rechten Flügel seiner eigenen Partei sabotiert wird.

Währenddem aber dieser widerliche Kuhhandel vor sich geht, der von den Reaktionären mit ganz bestimmter Absicht verschleppt wird, wird von Stunde zu Stunde die Gefahr für die Arbeiter größer.

Denn hinter den Kulissen des parlamentarischen Kuchentanzes vervollständigt die Weiße Front der Reaktion ihre außerparlamentarischen Kämpfe; jedes Nachgeben der Demokratie beantwortet sie mit neuen unerhörten Forderungen. Sie ist bereits so weit, daß sie dazu ersucht, den ganzen demokratischen und parlamentarischen Pöbel in Städte zu schlagen und die offene brutale Diktatur eines Direktoriums zu proklamieren, was nichts anderes ist, als ein Stinnes-Direktorium.

Die Stinnesische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt das Kampfsignal, sie schreibt am 5. Oktober:

„Ganz von selber drängt sich allenfalls die Vermutung auf, daß es der Parlamentarismus ist, der hier eine entsetzliche Katastrophe herbeiführt. Die Abwehraktion kommt zum Ausdruck, daß Stresemann, der typische Exponent des deutschen Parlamentarismus, schwerlich die geeignete Person ist, um die Krise eines Parlamentes zu überwinden. Die Ausschließung des Parlamentes ist eine höchst charakteristische Episode. Der Wille ergreift die politische Gewalt, und die Diktatur ist da. Die Lebensfrage des deutschen Volkes ist: arbeiten oder verhungern.“

Der deutsche Parlamentarismus ist tot. Es hat zu den Schulden gezogen, die nun Anfang an in ihm lagen. Was nun kommt, wird etwas Neues sein.“

Deutlicher kann sich die Arbeiterklasse die Kampfanlage nicht wünschen. Das Neue, das da kommen soll, ist die reine Stinnes-Diktatur, geführt auf die bürgerlichen Hände und alle reaktionären, monarchistischen Kräfte. Aus Deutschland soll mehr als ein zweites Italien, ein zweites Ungarn gemacht werden, alle Lasten sollen den Arbeitern mit brutaler Gewalt aufgedrückt werden: „Arbeiten oder verhungern!“

Die Dinge liegen furchtbar ernst. Denn hinter der Erhebung der Mittelklasse, hinter den Sturmschreien Rades steht Stinnes. Mit keinem Geld hat er den Volkskrieg finanziert, von seinen Agenten wird er dirigiert. Beweisen ist es, daß es Stinnes war, der die neue Regierungskrise ins Rollen brachte. Stinnes hat den rechten Flügel der Volkspartei vorgeschickt, er hat mit Heftigkeit, dem Vertrauensmann Ludendorff und Seckts verhandelt und der Pion des kleinen Direktoriums ist der Wan Stinnes“. Der Kapitalmagnat Stinnes ist die Seele dieses Feldzuges gegen das arbeitende Volk, er legt alle Hebel in Bewegung, seine Kräfte, seine Kräfte, alle seine Kräfte, die er überall hin hat.

Wie steht die Demokratie? Sie ist in die Hände der Reaktion übergeben. Das „Berliner Tageblatt“ gibt den Parlamentarismus bereis auf, es schreibt nicht nur für eine Diktatur, in der die Demokraten vertreten sind. Es schreibt am 4. Oktober:

„Es gibt zwei Arten von Diktatur. Eine Diktatur gegen die Verfassung. Das ist das Ziel einer Stinnes- und Dränger von rechts, die die Verfassung, die Würdigkeit unserer Reichswehr und Reichswehr, umstürzen wollen. Es gibt aber auch eine Diktatur für die Verfassung, die in Stunden der Gefahr eine bereis Schimmeln der Verfassung retten will, um die Erfüllung in ihrer Gesamtheit zu schützen und zu halten. Wenn Dr. Stresemann sein Kabinett aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten bildet und die verfassungsmäßige Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz dieser Regierung nicht vollwertig ist, dann kann dies die verfassungsmäßige Mehrheit durch langwierige Verhandlungen links oder rechts zu erhandeln.“

Der Reichspräsident muß deshalb von der diktatorischen Befugnis, die ihm der Artikel 48 der Reichsverfassung anvertraut, Gebrauch machen. Er muß bei dem Dr. Stresemann gebildeten Ministerkabinett die zurechtweisung dieser außerordentlichen Vollmachten übertragen, die ihr das Ermächtigungsgesetz verleiht sollte. Auf Grund dieser außerordentlichen Vollmachten muß die Regierung dann im Währungs- und Steuerwesen, im Karriell- und Arbeits-

sich diejenigen Maßnahmen sofort und umfassend treffen, die von Arbeitern zu einem Unternehmern, zu Arbeitern, Handel und Industrie die höchsten Leistungen verlangen!"

Die Schläge ist klar. Auch die Demotraten sind für die Diktatur, die „verfassungsmäßige“, weil die Verfassung durch ihren eigenen Artikel 48 außer Kraft gesetzt wird.

Wollt die Sozialdemokratie immer noch vorreden, daß eine Arbeiterregierung unmöglich sei, will sie als ein „demokratische“ und parlamentarische Maßnahmen, will sie noch keine Regierung, die sich ansetzt auf parlamentarische Arbeit auf außerparlamentarische Machtsituationen stützt?

Wollt die Sozialdemokratie erst der Weissen Diktatur in den Sattel helfen?

Die Arbeiterklasse, die bluten und verbungern soll, verlangt die Arbeiterregierung! Sie ist die einzige Rettungsmöglichkeit.

Die Weiße Diktatur kann sich nur stützen auf unproduktive Kräfte, das Unternehmertum, den Faschismus, die Reichswehr.

Dagegen kann sich eine Arbeiterregierung stützen auf die proletarischen Parteien, auf die Millionenorganisationen der freien Gewerkschaften, auf 20 Millionen Arbeitende und weitere Millionen der von der Stimmensklatur bedrohten verzweigten Mittelschichten, Bauern und Kleinbauern.

Gegen diese Macht muß die Macht des Großkapitals unterliegen. Wenn schon Diktatur, dann soll eine diktatorische Arbeiterregierung aus der heftigen Krise herorgehen, eine Arbeiterregierung, die ihre diktatorischen Vollmachten gebraucht, um die Produktion zu steigern durch Unterbindung der Produktionsabgabe und Spekulation, zur Heranziehung des Besten aus den Reparationszahlungen und Staatslasten, zur Unterbindung aller kapitalistischen und reaktionären Bestrebungen.

Die Arbeiter haben es in der Hand, die Arbeiterregierung zu erzwingen, die allein noch Ordnung schaffen kann.

Die Weiße Front in Bayern

Sozialdemokratische Saboteure der Einheitsfront

(Eig. Bericht) München, 4. Oktober.

Die Uebertritte der Verbände zu Hitler mehren sich. Auch in Bayern sind verschiedene Verbände übergetreten. Die Parteiführung stellt sich bedingungslos hinter Hitler und gibt die Weiße Front ein.

Die SPD und der UGB, Mitglieder haben entgegen dem Willen der Mitgliedschaft die von der SPD vorgeschlagene Einheitsfront zurückgelassen.

Der ungarische Habsburger Erbsprinz Joseph ist in München angekommen.

Arbeiter, merkt Ihr den Sinn der Frauenvereinsordnung „wegen rechts“? Den bayerischen Arbeitern ist jeder Streik um ihre Ehre verboten. Die Stillerente maristieren offen auf!

(Eigene Drahtm.) München, 5. Oktober.

Der „Wälfische Beobachter“ ist vom 4. Oktober bis 14. Oktober einhelliglich auch von den Generalsabstimmung in Bayern verboten worden.

Kahr verbietet demokratische Zeitungen

Die sozialistische „Freie Presse“ in Ingolstadt ist bis zum 1. Oktober verboten worden.

München, 3. Oktober.

Das Erscheinen der demokratischen „Münchener Morgenpost“ wurde durch den Generalsabstimmung bis zum 1. Oktober verboten.

Betriebsrätekongreß für Thüringen

(Eig. Drahtm.) Weimar, 5. Oktober.

Vom Landesauschuss der Betriebsräte und Kontrollausschüsse wird mitgeteilt, daß der Betriebsrätekongreß für Thüringen am kommenden Sonntag stattfindet. Der UGB, sowie die SPD, haben eine gemeinsame Einberufung des Kongresses abgelehnt. Dennoch wird jeder Betrieb durch gewählte Delegierte auf dem Kongreß vertreten sein. Die Mobilisierung der Massen im Arbeitskampf gegen die Wälfische Diktatur, Faschismus und Unternehmertum ist nicht mehr aufzuhalten.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Groß-Thüringens und die kommunistische Landtagsfraktion haben an alle Arbeiter, Angestellte und Beamte Thüringens einen Aufruf gerichtet zur Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse. Es gilt für die Arbeiterregierung und zur Fortsetzung gemeinsamer Arbeitsvereinstaltungen. Es lebe die proletarische Einheitsfront! Es lebe die Arbeiterregierung in Thüringen und im Reich!

Eine Massenversammlung der Jenae Arbeitererschaft erhob energischen Protest gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Wälfische Diktatur im Jahre mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik, sowie der Wälfische Diktatur und der kommunistischen Partei. Die Wälfische Diktatur und die kommunistische Partei sind imstande, die Arbeitererschaft zu zerschlagen. Die Wälfische Diktatur ist imstande, die Arbeitererschaft zu zerschlagen. Die Wälfische Diktatur ist imstande, die Arbeitererschaft zu zerschlagen.

Gemeinsamer Aktionsausschuss

Die in Hamburg verbotene Betriebsrätevollversammlung hat beauftragt den Reichsausschuss der Arbeitererschaft, wobei die Polizei zu spät kam. Eine Kommission wurde gewählt, die sich zur Bildung eines gemeinsamen Aktionskomitees mit den proletarischen Organisationen in Verbindung setzen sollte.

Auch die Gewerkschaften und die Betriebsräte Binnebergs haben einen gemeinsamen Aktionsausschuss gebildet. Die Teilnehmer wählten einen gemeinsamen Aktionsausschuss (SPD, UGB und SPD), der die Zusammenarbeit der Arbeitererschaft zum Kampf gegen rechts aufzurufen.

Unsere Organisation in Frankfurt a. M. riefte dieser Tage ein Schreiben an die SPD, zwecks Vorbereitung des Kampfes gegen rechts und der Bildung der proletarischen Einheitsfront. Insbesondere war auch die Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse für eine Bekämpfung vorgesehen. Es hielt in dem Einberufungsstreben zu a.

„Dem Bezirk und der Frankfurt kommt als Stützpunkt für die Abwehr der konterrevolutionären Angriffe in Bayern und auch Sachsen und Thüringen besondere Bedeutung zu. Gemeinsames Vorgehen mit den proletarischen Organisationen im Kampfe gegen alle Feinde der Arbeitererschaft steht daher für Frankfurt außerordentlich dringlich.“

Die SPD, lehnt unter allerhand Vorwänden die Bekämpfung ab und wollte sich zunächst auf keine sachliche Diskussion einlassen. Es besteht aber begründete Aussicht dafür, daß die Mitglieder auch der SPD, Frankfurts jede Sabotage des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter überwinden und die Solidarität zwischen den Klassen, Partei, Soldaten usw. von unten heraus durchsetzen werden.

Das von unserer Wälfischen Partei vorgeschlagene Rotprogramm ist von der SPD, Leipzig als Grundlage für eine gemeinsame Arbeiterregierung in Sachsen anerkannt und die sofortige Bildung eines vorbereitenden Aktionsausschusses in Angriff genommen worden.

Arbeitnehmer, seid auf dem Posten!

Ein Aufruf der freien Gewerkschaften

Die Zentralleitungen der freien Gewerkschaften erlassen folgenden Aufruf:

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbart gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeitererschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerfahrene Herrscher des Reiches, der Versuch der deutschen Republik launet und an den Grundbesitz der Arbeiter, Angestellten und Beamten rückt, — in Deutschland selbst haben sich ihre erbitterten Feinde, im eigenen Lande haben ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entsetzlichen Schläge aus. Diefelben reaktionären Kräfte, die die Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfstand zum Verwurf machten,

haben jetzt ihrerseits die Sturmfront des vernichtenden Klassenkampfes gegen die Arbeitererschaft entzweit.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn von Kahr erfolgen nur zu dem Zweck, unter Schonung der arbeitseindlichen und antirepublikanischen Elemente auf scheinbar legale Wege die Arbeitererschaft wirtschaftlich und politisch in die alte Feindschaft zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitererschaft zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale arbeiten sich in die Hand und sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben. Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik sich erwünschte Gelegenheiten, ihre Gemeinere zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinandergehen, einigen sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion.

Die Entziehung der deutschen Arbeitererschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel.

Man loge die Sozialpolitik, das heißt die Regelung der sozialen Reichsgesetzgebung, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose, unter Einwirkung des Parlamentes und der Gewerkschaften zu entscheiden, um sie nun auch noch in die Hand einer mit unumkehrbaren Vollmachten ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitererschaft in der Bekämpfung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer

beliebig verlängert werden.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionen vorgehen, jeden Kampf gegen die Arbeitererschaft in Fragen der Nation im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Wagenschaften entgegengetreten. Sie waren die Fortkämpfer des Reichsglaubens in allen von Sonderinterven und Monarchisten gefährdeten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Geistern der Unternehmertum bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört. Sie haben der Nation als ihr entschlossenster Verteidiger. Sie haben die schwersten Opfer gebracht an Brot und Lohn. Nun will man sie mit Füßen treten. Die furchtbare Treuezeitung heißt täglich, die Entziehung und die Not in den Familien, trotz der hohen Konsumstoffe. Unsere wirtschaftlichen Gegner möchten dieses harte Entgelt noch vermindern, um die letzte Kraft aus dem Arbeiter heranzuziehen, wollen sie die Arbeitererschaft nach eigenen Methoden vernichten.

Es werden die Arbeiter auf die Straße. Unabhängige wirtschaftliche Not erwartet die Scharen der Arbeitslosen. Die Plan der Arbeiterfeinde gilt es entgegenzutreten.

Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte!

Erkennt die Gefahr!

Jetzt ist nicht die Zeit, in Euren eigenen Reihen politische Gegensätze anzutagen und Eure Kräfte zu zerschlagen.

Gegen die Feinde der Arbeitererschaft muß die geeinte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden.

Nur so ist der Vorkampf der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um Euer Recht zu führen, wenn es sein muß auch mit den äußersten Mitteln über deren Anwendung jedoch niemand anders als die Zentralleitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte! Haltet ausschließlich die Wälfischen der Spitzenorganisationen, Volkst. Disziplin. Aber nicht den Feinden der Arbeitererschaft! Es lebe die deutsche Republik!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Grafmann. UGB-Bund Aufhäuser. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Gelsenberg.

Das sich die Instanzen der freien Gewerkschaften zu diesem Aufruf entschließen müssen, zeigt der Arbeitererschaft den ganzen unabweisenden Ernst der Lage.

Aber im Gegensatz zu ihren Worten über die Zentralinstanzen immer noch mit Taten. Die Gefahr ist groß, da sie erst handeln wollen, wenn es zu spät ist.

Wo sind die Vorbereitungen der freien Gewerkschaften? Die Kommunisten haben vorgehoben, in dieser Stunde alles Trennende zurückzustellen und die einheitsvolle Arbeitererschaft aufzubauen.

Was wollen die Zentralinstanzen jetzt mit uns gemeinsam tun? Welche Stellung nehmen die sozialdemokratischen Führer ein? Arbeiter, von Eurer Stellungnahme hängt es ab, ob die Stimmensklatur durch die einige Wälfische zurückgeführt wird. Überall müssen sich gemeinsame Aktionsausschüsse bilden, die mit ihren Forderungen an die Zentralinstanzen herantreten, die von unten auf das geschlossene Gandel der Gesamtarbeitererschaft herbeiführen.

Die Arbeitererschaft tritt auf den Plan

In Leipzig (West Halle) hat sich der Vorstand des Gewerkschaftsartikels mit der gegenwärtigen politischen Lage befaßt und beschlossen, nachdringlich Stellung zu nehmen auf den UGB, zu richten. Leipzig, den 4. Oktober 1923.

An den UGB, Berlin, Engländer.

Von Stunde zu Stunde zeigen sich die politischen Verhältnisse zu; kündigen erwasen den letzten politischen und wirtschaftlichen

Erwartungswerten der Novemberrevolution ungeheurer Gefahren. Im Auftrage der Großbourgeoisie führen die Vertreter der Konterrevolution offen die Wälfische Diktatur zur politischen und wirtschaftlichen Verflutung des Proletariats durch. Das Wälfische Diktatium wird das Mittel zur Verwirklichung schändlich italienischer Zustände sein. Nur die geschlossene Einheitsfront des Proletariats kann die Gefahr der Arbeitererschaft sichern. Deshalb fordern wir Euch auf, die Einheitsfront, wie sie in den Berichten bereits besprochen, zu schaffen und deshalb sofort mit den Vertretern der proletarischen Arbeitererschaft (SPD und UGB) in Verbindung zu nehmen zur Aufhebung einer einheitlichen Kampfweise, der Schaffung von gemeinsamen Aktionsausschüssen, deren Aufgabe es ist:

1. den 8-Stundenlohn zu sichern;
 2. die Wälfische Diktatur zu beseitigen;
 3. die Enttarnung der Konterrevolution durchzuführen;
 4. die Bewaffnung des Proletariats durchzuführen;
 5. die Arbeiterregierung zu bilden.
- Der Vorstand des Gewerkschaftsartikels (UGB) Leipzig, den 4. Okt.

Ein Vertreter des Kartells wurde konfrontiert, die Entschädigung folgt persönlich dem UGB in Berlin zu überreichen. Am Sonnabend hat der Kartellvorstand eine gemeinsame Sitzung des Kartells mit der SPD, der UGB, und dem U. D. Beamtenbund einberufen, um weitere Schritte zu ergreifen. Für Montagabend ist eine große Gewerkschaftsversammlung anberaumt.

Arbeiter, Angestellte und Beamte des Bezirks Halle-Merzburg

Ungeheuerlich groß sind die Gefahren, die dem deutschen Proletariat durch den Faschismus drohen. Die Zusammenziehung der separatistischen Organisationen erfolgt überall. Und um Berlin sammeln die Reaktionen ihre Kräfte, um den Vormarsch auf Berlin zu stoppen und dort den letzten großen Terror auszuführen. Auch in Mitteldeutschland tritt die Reaktion heftig auf. In Bayern herrscht sie vollkommen. Unter dem Proletariat hat sich die Arbeitererschaft und die Faschisten benimmt. Die Arbeiterorganisationen des Proletariats werden zertrümmert, den Arbeitererschaft und Beamten und Beamten die Rechte verweigert. Durch ein Ermächtigungsgesetz wird beschloffen, die Sozialgesetzgebung zu verhindern, in sich einschneidende das Proletariat betreffende Änderungen aufzuheben und wirtschaftliche Gebiete sollen ohne Bezugsmittel und unter ungünstigen Umständen unter die Verwaltung des Unternehmertums kommen. Unter Ausbeutung der Arbeitererschaft sollen die Höhe nach „Rechtung“ festgelegt werden.

Die endgültige Befreiung des Volkstages hat begonnen und soll unerschütterlich auf die gesamte Arbeitererschaft angewendet, gesetzlich definiert werden. Daselbst das ist der Erwerbseigenen unterdrückung zugeführt. Im letzten Gebiet hat der Arbeiter schon gewonnen. Das Streikrecht soll allen Arbeitern gewährt werden, wie es bei den Beamten schon gegeben ist. In alle Angelegenheiten die die Befreiung des Streiks rechtlich eine vollkommene Tatsache, Demobilisationsgebühren und Schlichtungsausschüsse werden abgeschafft. Trotzdem das Unternehmertum eine Befreiung der Arbeitererschaft, jedoch es mit der Produktionsabgabe ein und entlastet zu lauern des Arbeitererschaft, Handwerker und Beamten, alle Arbeitererschaft erfolgen in ungeheurerer Masse. Bällige Vernichtung der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeitererschaft und die Erziehung sozialistischer Gewerkschaften ist das Ziel.

Die Wälfische Diktatur will die Arbeitererschaft vernichten durchkreuzt werden. Dazu ist der Zusammenstoß der Arbeitererschaft der wertvollen Bewaffnung notwendig. In allen Orten müssen gemeinsame Aktionsausschüsse eingesetzt werden, die sofort

Abwehrmaßnahmen zur Rettung des Proletariats zu ergreifen haben. Die Betriebsräte müssen sofort alle Vorkehrungen treffen, um unter eigener Gewalt die Macht der proletarischen Massenaktion zu verhindern, bevor die Niederlage beilegt ist. Höchste Aktivität und Wachsamkeit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ist das Gebot der Stunde.

Die Rettung der Arbeitererschaft kann nur das Werk der Arbeitererschaft selbst sein. Erstreckt die proletarische Einheitsfront zum Kampf um den Bestand der Existenz der Arbeitererschaft.

Gegen den Faschismus, sofortige Enttarnung und Aufhebung der konterrevolutionären Verbände. Bewaffnung der Arbeitererschaft zur wirksamen Unterdrückung und Durchführung dieser Maßnahmen. Gegen die Wälfische Diktatur, sofortige Befreiung des Ausnahmestandes. Gegen die kapitalistischen Organisationen zur Unterbindung der Produktionsabgabe, Sicherung des Volkstages, des Koalitions-, Streik- und Streikrechts. Für die Erhaltung der Sachwerte, für die Kontrolle der Produktion, Anerkennung der proletarischen Kontrollauschüsse, die mit dem Beschlagnahmeerecht zur Sicherung der Lebensmittellieferung der schaffenden Bevölkerung ausgerückt werden müssen.

Gegen jede bürgerliche Koalitionregierung, für die Regierung der wertvollen Bewaffnung. Halle, 5. Oktober 1923.

Bezirksrat des UGB, Halle-Merzburg.

Die Kommunistische Partei schließt sich diesem Aufruf vollinhaltlich an und fordert alle Wälfischen in Stadt und Land auf, alles daran zu setzen, um durch offene und geschlossene Kampf alle Angriffe der Kapitalisten niederzuwerfen und die aufgestellten Ziele zu erreichen. Die SPD wird in diesem Kampfe an erster Stelle stehen.

Bezirksleitung der SPD, Halle-Merzburg.

Die Arbeitslosen sollen vorreden!

SPD, Berlin, 6. Oktober. Der Reichsrat lehnte gestern die Vträge des Sachens auf Erweiterung der Arbeitsbeschäftigung im Hinblick auf die verzwweifelte Finanzlage ab. In der Frage der Ausgestaltung der produzierten Erwerbslosenfrage teilte der Reichsrat mit, daß dem Reich aus den Zahlungen für die Erwerbslosenfrage eine Ausgabe von 40 Millionen Mark täglich erwache.

„Der Presseklub“ (Eig. Drahtm.) Kempten, 5. Oktober.

Nach dem Bericht von Sachsen und Thüringen der Generals Miller und Reinhardt kündigt sich auch der ökonomische Wälfische Diktatium an. Dasselbe das Verbot der proletarischen Presse an. Dem kommunistischen „Echo des Dienstes“ ist jede Kritik der Maßnahmen des Ausnahmestandes untersagt worden.

Eine neue Verordnung des Wehrkreis- kommandeurs

Öffentliche Versammlungen sind genehmigungspflichtig

Dresden, 4. Oktober.
Der Kommandeur des Wehrkreises 4, Generalleutnant Müller, hat zur Regelung des Versammlungswesens folgende Verordnung erlassen:

Zur Vereinfachung von Erläuterungen in bezug auf Abhaltung von Versammlungen in geschlossenen Räumen wird in Abänderung der Bestimmung der Ziffer 4 der Verordnung vom 27. September 1923 folgendes verordnet:

Öffentliche Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten in geschlossenen Räumen bleiben genehmigungspflichtig. Die Genehmigung ertheilt in meinem Auftrage

a) im Freistaat Sachsen die Amtshauptmannschaften und Polizeibehörden der bezirksfreien Städte.

b) im Regierungsbereich Merseburg, Magdeburg, Pöppingen, Sondershausen, einschließlich des braunschweigischen Landesteils Göttinge, die Landräte und Polizeibehörden der bezirksfreien Städte.

c) im Freistaat Anhalt die Kreispolizeibehörden.

Anträge sind mit Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung, genauer Angabe des Versammlungsortes mindestens zwei Tage vor dem Stattfinden der Versammlung an diese Behörden zu richten. Die entscheidende Behörde hat dem Wehrkreiskommandeur über das ausgeprägte Verbot sofort unter Angabe der Gründe Bescheid zu erteilen.

Gegen die Verbote ist Einspruch, dessen Entscheidung ich mir vorbehalte, zulässig. Der Einspruch ist an das Wehrkreiskommando zu richten. Die von den bisher zuständigen Stellen getroffenen Entscheidungen behalten Gültigkeit und sind von den nunmehr entscheidenden Stellen unverzüglich mitzuteilen.

Nach der Verordnung vom 27. September waren politische Versammlungen generell verboten und die Genehmigung von Versammlungen in geschlossenen Räumen von der persönlichen Genehmigung des Wehrkreiskommandeurs abhängig. Diese Anordnung hatten die von den faschistischen Organisationen fast ausschließlich in vielen Orten dazu benutzt, nicht nur öffentliche politische Versammlungen, sondern selbst auch Mitgliebertreffen (der KPD) natürlich nur zu verbieten und zu verhindern, wie z. B. in Delitzsch und Eisenberg.

Nach der neuen Verordnung ist klar, daß nur öffentliche politische Versammlungen genehmigungspflichtig sind. Alle anderen Versammlungen, einschließlich aller Parteimitglieder und Funktionärversammlungen, werden von dem Verbot nicht berührt. Wir fordern unsere Genossen auf, eine rege Versammlungs- und Aufklärungsstätigkeit, unter Berücksichtigung der Anordnungen für öffentliche Versammlungen, sofort wieder aufzunehmen. Eventuelle Verweise faschistischer Polizeiorgane in bezug auf Mitgliebertreffen sind zurückzuführen. Wegen einzelner Verbote von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen muß in jedem Falle der Wehrkreisbescheid bestritten werden.

Deutsche Militärdiktatur im Westen

M.B. Eisenberg, 6. Oktober.

Der Befehlshaber des Wehrkreises 6 in München gibt bekannt: Ich verbiete für den Wehrkreis 6 jede öffentliche Versammlung, auch in geschlossenen Räumen, Ausnahmen von diesem Verbot bedürfen in jedem Falle meiner besonderen Genehmigung. Ferner verbiete ich die Bildung proletarischer und anderer Selbstschutzverbände, Formationen und Organisationen. Bereits bestehende Selbstschutzverbände, Formationen und Organisationen sind aufgelöst. Schon früher erlassene Verbote bleiben bestehen. Bei Zusammenkünften gegen diese Anordnung nehme ich Bezug auf die Strafbestimmungen des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923. — Die Anordnung tritt sofort in Kraft.

Die Kommunistenjagd der Besatzungs- behörden

M.B. München, 6. Oktober.

In Witten verhafteten die Franzosen am 2. Oktober den kommunistischen Führer Klein und den Verleger der Witzener „Volkszeitung“ Key in Aplerbeck.

Masseneinlassungen zur Befestigung des Achthundertages in Hörde

(Ein. Drahtm.) Essen, 4. Oktober.

Auf Rhönitz in Hörde ist die gesamte Belegschaft von 10 000 Mann für den 10. Oktober genehmigt worden. 2000 Arbeiter sind bereits entlassen. Der Direktor erklärte, es handelte sich um wirtschaftspolitische Maßnahmen, die jetzt durchgeführt werden müssen.

Bei der Firma Brandt & Sohn, Maschinenfabrik, Dortmund, Belegschaft 1000 Mann, ist der Rest der noch Arbeitenden entlassen worden. Wiederereinstellungen erfolgen nur, wenn sich die Arbeiter mit dem Schlußtag einverstanden erklären.

Auf der Hütte U.G. Duisburg wurden heute 400 Arbeiter genehmigt, bezüglich 200 auf der Ansehütte.

M.B. Landeshut, 3. Oktober.

Dem „Landeshuter Tageblatt“ wird am Donnerstag, den 4. Oktober, im ganzen Reichsweiten förmlicher an jedem Donnerstag eine Festschrift eingelegt werden.

Die Helden der 2. Internationale „beraten“

M.B. Berlin, 4. Oktober.

Vorstandsmitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, darunter erschiedene Engländer und der frühere schwedische Ministerpräsident Branding hatten gestern nachmittag im Reichstagsgebäude Unterredungen mit den sozialdemokratischen Führern.

Betriebsräte tut Eure Pflicht!

An alle Betriebsräte! An alle Kontrollausschüsse!

Das „Gothaer Volksblatt“ veröffentlicht folgenden Aufsatz des Reichsausschusses der Deutschen Betriebsräte: **Kollegen!**

Die Situation wird täglich ernster. In Bayern hat die Reaktion bereits siegreich. Sehr unruhig gemeinsam mit Hitler die Arbeiterbewegung und die gesamte Arbeiterbewegung in Bayern und laugt der Reichsregierung auf der Nase herum. Durch die Verbündung des Wüstenschneidmehrs und Einleitung der Militärdiktatur hat die Regierung Streikern die Reaktion auch die Grundlage für ihren Sieg im ganzen Reich gelegt. Die Militärdiktatur stellt sich jetzt ganz klar als ein Machtmittelment der Reaktion heraus, das nur gegen links, gegen die Arbeiterbewegung, gerichtet ist. In Sachsen gestattete der General Müller einen faststündigen Tag in Freiberg, während er kommunistsche Versammlungen in Chemnitz verbot. In Thüringen unterdrückte der General Reinhardt die kommunistsche Arbeiterpresse. In der Umgebung Berlins werden die Faschisten maulenweise in die Reichswehr aufgenommen. Bei dem Sturm der Faschisten auf Köflitz hat sich die Reichswehr passiv verhalten.

Das Hauptziel der Reaktion ist jetzt nach dem Sieg in Bayern die Durchsetzung eines

scharfen Rechtszustes im ganzen Reiche.

Die Deutschnationalen und jetzt auch ein Teil der Deutschen Volkspartei fordern immer lauter eine rein bürgerliche Regierung, die noch scharfer wie die Große Koalition gegen die Arbeiterbewegung vorgehen soll. Die Offiziersvereine haben eine Resolution angenommen, in der eine nationalfaschistische Regierung, d. h. die Weiße Diktatur nach ungarischen Muster, gefordert wird.

Wenn die Arbeiterbewegung nicht bald in breiter Front den Kampf aufnimmt, dann besteht die Gefahr, daß die Reaktion im ganzen Reiche siegt, ohne selbst allzu große Anstrengungen dabei gemacht zu haben. Die Regierung Stresemann ist gegenüber Bayern bereits bantrot. Selbst wenn sie wollte, könnte sie nichts Ernsthaftes zur Abwehr des reaktionären Vorstoßes unternehmen, denn die Reichswehr, der sie alle Macht in Deutschland ausgeliefert hat, ist

das große Machtmittelment der Reaktion. Nur die Arbeiterbewegung kann den Vormarsch der Reaktion gestoppten.

Die erste Kampfbahnahme ist der Generalfreist.

Kollegen! Wir fragen Euch nun, habt Ihr schon alles getan zur Vorbereitung des Kampfes?

Es darf jetzt keinen Betrieb mehr geben, indem nicht eine Belegschaftsversammlung zur Frage Stellung genommen hat, ob unter einer Militärdiktatur die deutsche Arbeiterbewegung bereit ist, ihre Arbeit weiter zu verrichten. Wärdt in den Betrieben Delegationen und schickt sie zu den Arbeiterparteien und Gewerkschaften, um diesen eure Begehren mitzuteilen und sie zur Stellungnahme aufzufordern.

Es darf jetzt keinen Ort mehr geben, in dem nicht ein

Aktionsauschuß aller Arbeiterorganisationen

vorhanden ist oder sofort geschaffen wird.

Es darf jetzt keinen Ort mehr geben, in dem nicht bereits eine Belegschaftsversammlung stattgefunden hat oder umgehend stattfinden wird.

Die Mobilisierung der Arbeiter schon in allerfrühester Zeit, d. h. in wenigen Tagen, um zu großen Kämpfen bereit zu sein, das ist jetzt das Gebot der Stunde. Es genügt nicht, jetzt in Anrufen und Resolutionen zu scheitern, „beizt sein ist alles“. Es müßten tatsächliche Vorbereitungen zum Kampf getroffen werden, sonst wird die Reaktion siegen.

Die letzten gefährlichen Hoffnungen darauf, daß die Regierung, Stresemann und die Reichswehr gegen die Reaktion kämpfen wollen oder auch nur können, müssen an Hand der Tatsachen zerstört werden.

Kollegen!
Nur wenn diese Aufgaben in allerfrühester Frist erfüllt werden, wird die Reaktion an der offbaren Front des Proletariats zerfallen. Auf jeden von Euch laftet die Verantwortung für Sieg oder Niederlage des Proletariats.

Darum tut Eure Pflicht und tut sie schnell.

Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte.

Die Stunde der proletarischen Aktion ist gekommen

Die Stimme eines sozialdemokratischen Blattes

Die sozialdemokratische „Östbühner Tribüne“ schreibt am 4. Oktober:

Wir sind in einer so heillosen ernsten Situation. Wir glauben in diesem Augenblick objektiv feststellen zu können, daß die Idee der Großen Koalition der Glaube an eine Arbeitseinsparung der Massen, die Durchführbarkeit einer Volksgemeinschaft endgültig tot ist. Diese Illusionen, denen selbst ein Mann von der Bedeutung Rudolf Hilferdinges zum Opfer fiel, sind zerfallen durch die jüngste Fehlschlag der wirtschaftlichen Aktion der Bauernschaft. Die immensen Gehe und Interessen der bürgerlichen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung zerfallen alle politischen Spinnweben, die von den leichtgläubigen Männern der formalen Demokratie gesponnen worden. Jeun Bequemlichkeitspolitikern und Staatsmännern, die da wähnen, Geschick werde nicht durch die lebendigen Kräfte der Gesellschaft, sondern in der Wandelgalerie der Parlamente gemacht. Die Mehrheit ist der sozialdemokratischen Reichsagsstrafung macht jetzt die größten Wutregungen, die Große Koalition zu erhalten, aber mit ihr der letzten Abwertung, daß das ein vergebliches, wertvolle Kräfte der Proletariats zerbrechendes Regiment ist. Man vergegenwärtigt sich doch den bisherigen Mißerfolg der Großen Koalition und ermittle darin die Diktaturgesetze der extremen kapitalistischen Bourgeoisie. Stinnes und Helfferich denken nicht im Traum an eine Arbeitseinsparung der Massen; sie wollen die unumschneitliche Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen des Kapitals.

Wir die Sozialdemokratie, wenn sie sich als proletarische Massenpartei fernern behaupten will, bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf geschlossen aufzunehmen, seine der Bedingungen der kapitalistischen Reaktion anzunehmen, weil sie schließlich unannehmbar ist. Die wirtschaftliche Reaktion ist bereits schon allmächtig, und politisch besteht die Generaldiktatur mit ihrer Auswirkung gegen links. Würde die Sozialdemokratie weitere Zugeständnisse, namentlich wirtschaftlicher Art, machen, dann würde sie sich selbst aufheben. Jetzt ist die Stunde für ein durchgreifendes außerparlamentarisches Handeln der Partei und Gewerkschaft gekommen! Vor dem ganzen Volk muß das verabschiedete, alles zerstörende Treiben der extremen Reaktion entlarvt und die sozialistische Volkstut die wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau in die Massen getragen werden. Wir sind der festen Zuversicht, daß in diesem Kampfe, welche Form er auch immer annehmen mag, das Proletariat Sieger bleiben wird!

Die „Östbühner Tribüne“ sieht ganz richtig. Was aber haben die linken Sozialdemokraten getan, um die proletarische Einheitsfront herbeizuführen? Was tun sie gegen die Unterdrückung der kommunistischen Presse, was tun sie gegen die Sozialdemokraten, die die Verbote ausproben haben?

Gerade weil die Linken die ganze Gefahr sehen, liegt auf ihnen die volle Verantwortung, wenn wieder der antibolschewistsche Fingal der Sozialdemokratie die proletarische Einheitsfront zerstört.

Nicht Schwächen, handeln ist jetzt nötig.

Die Berliner Bauarbeiter fordern Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“

(Eigene Drahtm.) Berlin, 5. Oktober.

In einer Generalversammlung der Bauarbeiter Berlins lag von einem U.P.D.-Genossen ein Antrag vor, der die Zustände des

Reichsbundes beauftragt, bei der Regierung die sofortige Freigabe der kommunistischen Presse zu erwirken.

Wenn die Regierung sich weigert, die Unterdrückung der kommunistischen Presse einzustellen, soll eine sofort eintreffende außerordentliche Generalversammlung über die Kampfbahnahme in beschließen, die die Freigabe der „Roten Fahne“ erzwingen soll. Zu diesen Kampfbahnahmen gehört u. a. die Stilllegung der gefaschten bürgerlichen Presse.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde ein kommunistscher Aufruf die ganze Belegschaft der Besatzungszustände für die Arbeiterbewegung und stellte einen Antrag auf sofortige Aufhebung des Besatzungszustandes und der Diktatur der konterrevolutionären Reichswehr. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ihre Schützlinge

8000 Stahlhelme, die Hiltstoppen Stinnes

Die faschistische „Hallische Zeitung“, brachte am Abend des 5. Oktober folgende Notiz:

Der Kückliner Streich

(Von anderer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 3. Oktober.

Die kleine Operette in Köflitz — mehr war es nicht — ist zerfallen. Wo irgend ein Faschist in diesen Wochen von den Freischützern befragt wurde, bestund die Antwort in einer dringenden Warnung vor tödlichen Streichen. Ein paar hundert Mann haben die Warnung in den Wind geschlagen, haben angeblich die Feder zur Ruhe aus von ihren eigenen Pflichten nicht mehr redentlich erhalten und das koptische Interesse angefangen. In Köflitz sind so gut wie alle Teilnehmer gefangen. In Döberitz gelang es dem größten Teil, über der Ring um sie geschlossen war, sich der Umfassung zu entziehen. In Berlin sah man noch gestern auf den Straßen einzelne hämmige, gebrochene Gesellen, denen der Beruf des Freiheitskämpfers gelungen war auf den Strich geschrieben hand, verschiedenen Bahnhöfen zutreiben. Auch wenn, wie es heißt, insgesamt rund 8000 Mann in die Weisung in der West-Wart-Veränderung verwickelt sein sollen, so kann man heute jedenfalls nur der Ende des Kampfbühnens feststellen. Das mitzuteilen, ist ja nach der Verhörung des Wehrministeriums nicht verboten; und über Unruhen ist, wie gesagt nichts zu berichten, denn es herrscht überall Ruhe. In Rotbus gibt es vor dem Ausnahmegericht nun das böse Nachspiel. Die kleine Operette kann — und muß eigenlich nach dem bestehenden Recht — tragisch enden.

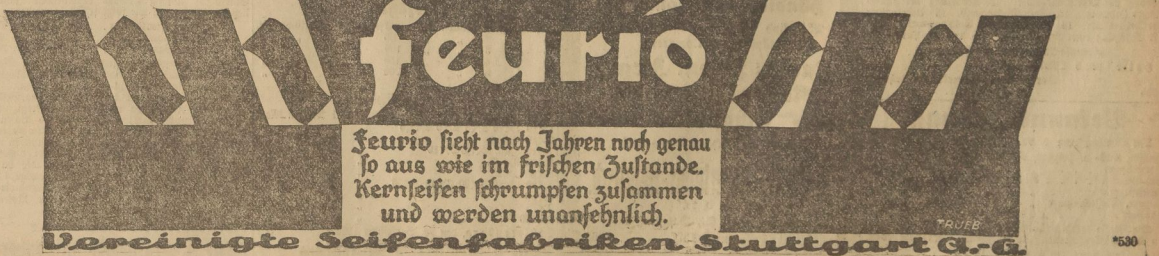
Das Monarchistenblatt freut sich höchlich, wie die bewaffneten Faschisten zu Tausenden den Ring um Berlin ziehen, ohne daß ihnen ein Haar getrimmt wird. Die Stimmlose werden dafür sorgen, daß das Ausnahmegericht von Rotbus zur Operette wird. Arbeiter, Ihr seht, die Gefahr ist noch im Zusammen. Handelt entsprechend!

Die spanische Militärdiktatur

Esp. Madrid, 2. Oktober. Das Regierungsbüro veröffentlicht eine Verordnung, wonach alle Gemeinderäte Spaniens aufgelöst und durch Vertreter der Steuerzahler aus der Industrie und Handelswelt ersetzt werden.

Ed. Madrid, 2. Oktober. Durch ein loben veröffentlichtes Dekret sind alle Bürgermeister und Stadträte abgesetzt worden.

Rechtswertlich: Ferdinand Wenzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Erik Kros, Halle, Verlagsstraße 14.



Feurio
Feurio steht nach Jahren noch genau
so aus wie im frischen Zustande.
Kernseifen schrumpfen zusammen
und werden unansehnlich.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.G.

Aus der Provinz

Der Abbau des Achtstundentages beginnt!

Die Unternehmer gehen jetzt aufs Ganze. Obwohl der Achtstundentag noch gesetzliche Geltung hat, beginnen sie bereits mit Abschaffung desselben. Wir haben gestern bereits gemeldet, daß die Kraftfahrzeuge im Leipzig-Waldenberger Grenzverkehr...

Verstärkung der Schupo im Bitterfelder Industriebezirk

Wie aus Gräfenhainichen gemeldet wird, traf dortselbst am Dienstag eine Hundertschaft der Schupo ein. Sie bestand aus 1. Eskadron und 66 Mann. Die Polizeitruppe, die früher im besetzten Gebiet tätig und später von der französischen Besatzung ausgespart war, hat zuletzt Grenzdienst an der holländischen Grenze bei Venheim getan.

der Reaktion auf die Arbeiterfront. Man glaubt, diese mit Hilfe der Schupo niederhalten zu können. Die Herrschaften wollen sich gedrückt haben; die Arbeiter werden nun was notwendig ist, unbestimmt darum, ob Schupo da ist oder nicht.

Keine Herbsttagung des Provinziallandtags Sitzung des Provinzialparlamentes

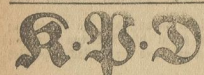
Die letzte Sitzung des Provinzialparlamentes beschäftigte sich u. a. mit der Finanzierung des Provinzialhaushaltes. Die Verwaltung teilte mit, daß es gelungen sei, das vom letzten Provinzialparlament vorgesehene Finanzprogramm trotz der erheblich gestiegenen Ausgaben zum erheblichen Teil durchzuführen.

leben angefangenen haben Monat ein Zuschlag von 400 Prozent des Nennwertes zu bezugten."

Es wurde weiterhin beschlossen, von der beabsichtigten Einberufung des Provinzialparlamentes an einer Herbsttagung Abstand zu nehmen, sowie für den zu erwartenden Fall der Amtsinhaberschaft des Landeshaupmanns Deier Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Höbner gemäß § 88 der Provinzialverfassung zum Stellvertreter zu ernennen.

Witensberg. Monatliche Witzersammlung. Der Magistrat macht bekannt, Gemäß Witzersammlungsverordnung vom 1. Juni 1923 ist in den Fällen, in denen die gesetzliche Witz gilt, der Witzmeister wie der Witzler berechtigt, zu verlangen, daß der Witz in Monatsabständen gesammelt wird.

Sammelt für den Kampffonds der Partei! Die Witzersammlung wird am 1. Oktober d. J. stattfinden. Wir bitten unsere geliebten Kunden, auch weiterhin ihren Bedarf an politisch aktuellen Schriften, Büchern, schöngedruckter Literatur, Schreibwaren aller Art in unserem Geschäft zu decken.



Reichsbanner der Arbeiterpartei Deutschlands. Programm: 1. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan. 2. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan.

Stadt-Theater. Sonntag, abends 7 Uhr. Laubhühner. Zigeunerleben. Die beiden Brüder.

Thalia-Theater. Sonntag, abends 7 Uhr. 14094. Erste Klasse. Die Heil. Veronika. Lotteries Gewinn.

Erste Klasse. Die Heil. Veronika. Lotteries Gewinn. Sonntag, abends 7 Uhr.

Mod. Theater. Sonntag, abends 7 Uhr. Die Heil. Veronika. Lotteries Gewinn.

Hande - Amme. Sonntag, abends 7 Uhr. Die Heil. Veronika. Lotteries Gewinn.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft. Halle, Lindenstraße 14. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Humoristische Abend. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Arbeitsmarkt. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Zeitungsträgerin. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Markt-Liedspiele. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Volksbuchhandlung Gisleben. befindet sich ab 1. Oktober d. J. in der Bettrikstraße 14, part. Wir bitten unsere geliebten Kunden, auch weiterhin ihren Bedarf an politisch aktuellen Schriften, Büchern, schöngedruckter Literatur, Schreibwaren aller Art in unserem Geschäft zu decken.

Zeitungsträger. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. Halle a. d. S., Bergengasse 14. Telefon 2251. 11. Oktober, Sonntag, abends 7 Uhr. Die Heil. Veronika. Lotteries Gewinn.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner

Reichsbanner der Arbeiterpartei Deutschlands. Programm: 1. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan. 2. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner

Reichsbanner der Arbeiterpartei Deutschlands. Programm: 1. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan. 2. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner

Reichsbanner der Arbeiterpartei Deutschlands. Programm: 1. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan. 2. Die Arbeiterpartei Deutschlands ist ein demokratisches Parteiorgan.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Witensberg. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Palast-Theater. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Reichsbanner. Sonntag, den 7. Oktober, von nachm 4 Uhr an Unterhaltungsconcert.

Grassenkampff

Halle und Saalkreis

Halle, den 5. Oktober 1923.

Die Arbeitslosigkeit wächst

Siebenundzwanzig Prozent Arbeitslose in Halle! Von 100 Arbeitern hat das Ausbeutermen 27 an die Wand getrieben, um sie langsam, aber desto grausamer, durch den Hunger zu erfordern. Von den übrigen 73 Prozent arbeitet ein großer Teil hart und bei sehr geringem Lohn; ein Teil des Freilohns. So sieht das Ergebnis der „Wiederbaupolitik“ der vereinigten Sozialdemokraten und Einheitsverbände aus.

Arbeiter, das gibt zu denken! Kommt diese Arbeitslosigkeit zu häufig? Nein, sie ist ein grauesames Glied im Zusammenhang des deutschen Kapitalismus. Nur durch Schutzkonflikte an dem Weltmarkt, die ihm die deutschen Handelswege ermöglicht, können sich der Kapitalismus bisher halten. Hier raubten die Schöten, weil in England und Amerika Millionen die Hände in den Schoß legen,legen müssen. Jetzt wendet sich das Schicksal und zeigt klar und deutlich das morose Gesicht der bürgerlichen Wirtschaft. Die Weltmarktpreise sind übertrieben. Der Absatz stößt. Das Proletariat steigt auf das Wasser. Der Unternehmer hat nur einen Sinn für Gewinne. Was kümmern ihn Hunger, Elend, Krankheit, Seuchen.

Und der Dollar steigt. Die Preise eilen ihm schon voraus. Noch einmal laßt die Mutter im Kleiderbureau und findet nichts mehr zum Verkaufen. Beim Kartoffelstoppeln brechen die Kinder — die Zukunft Deutschlands — zusammen. Die Not streift in allen Gassen. „Geben Sie mir eine Pfanne“, fleht hier und dort ein kleiner Knabe die Vorübergehenden mit dem Flehen, die den „Ausgewählte“ Zustände, lagte uns ein Zug im Eisenbahnhofe.

Ausweglos? Gewiß, für Einzelmann und Einzelnen. Vielfach gelingt es ihnen, durch den Jähren bis Wertschuldendienst dem Zustand auf dem Weltmarkt noch ein wenig Genuß zu verdienen. Aber dann bricht das Scheingeld mehr erschütternder zusammen und der Proletariat bricht mit seinem letzten Tropfen Schweiß diese „Konjunktur“.

Wendet dieses Schicksal aber an Arbeiter. Opter es für Euch selbst. Baut und stützt mit Euer das Wirtschaftsgestände der Arbeiter und Kleinbauern. Sorgt durch Bildung einer Einheitsfront aller Schaffenden für ewige Beseitigung dieser ungeschweiften Zustände.

Haules.“ Mit Hilflosen kann Etwas nicht ausbeuten. „Demokratie ist eben legalisierte Vertreibung bestimmter Interessen.“ Demokratie ist eben Diktatur! Dieses Bekenntnis ist nur die Befähigung dessen, was sich fortwährend in die Arbeitslosigkeit ziehen und was dieser die Gümmelstraße absteuert. Die Verkommenheit jeder Blätter kann sich nicht überleben. Jetzt, wo die Demokratie oder „der Parlamentarismus zur Lösung der deutschen Krise nicht fähig ist“, wo er überdies nur diktatorisch, muß der Deutsche Arbeitskampf ein Mittel an der Hand nehmen, und nach dem Motto: „Wer nicht mit uns ist gegen uns“, die parlamentarische Schwächheit, die diese Weltmacht überträgt, während des Krieges Clemenceau in ein Frankreich erzielte“ oder Hindenburg in Deutschland. Unter Nachschub sagt das aus, was das Blatt sagen wollte. Militaristische Diktatur, kann, hilft den armen Kapitalisten, zeitlich die faulen, faulen Proleten!

Die „Hallische Zeitung“ erzählt, auch in der gestrigen Abendausgabe, dem erstaunten Leser von „einer verzeihenlichen Heuchelei der Reichs- über innerpolitischen Vorgänge mit den Generalabschlüssen des Weltkrieges, in denen „eine ungeheure Gefahr liegt“, und nach dem Motto: „Wer nicht mit uns ist gegen uns“, die parlamentarische Schwächheit, die diese Weltmacht überträgt, während des Krieges Clemenceau in ein Frankreich erzielte“ oder Hindenburg in Deutschland. Unter Nachschub sagt das aus, was das Blatt sagen wollte. Militaristische Diktatur, kann, hilft den armen Kapitalisten, zeitlich die faulen, faulen Proleten!

Die amtliche Arbeiterbefragung. Von den bei der Arbeiterbefragung des Polizeipräsidenten im den Monaten August und September abgeordneten Angehörigen wegen Preissteigerung, Scheidung, Zurückhaltung von Waren usw. sind 111 an die Staatsanwaltschaft zur Verhaftung abgegeben worden. Wegen Preissteigerung wurden gegen 27 Beschäftigte, darunter 11 Frauen, verurteilt. In 11 Fällen wurden von der Arbeiterbefragung verschiedene Waren beschlagnahmt und bis zur gerichtlichen Entscheidung abgeliefert, darunter zwei Wagen feu, 312 Zentner Weizen, zwei Schöck Eier, große Rollen Schokolade, sechs Feinzer Zucker, ein Zentner Nüssen und 130 Pfund Mehlzucker.

Belienland. Im Doneschtagmittag trieb ein weisses Fahrzeug die Wieden Gasse in der Höhe des Weinbergs die Zeile eines 60 bis 60jährigen Mannes an. Die Verurteilten konnten nicht festgestellt werden.

Schlesien. Im Doneschtagabend wurde ein Eisenbahnwagen in einer herten Zwischenstation 26. von ihrem Dinstern entfernt aufgehoben. Der sofort herbeigeholte Zug konnte nur nach der Zeile verfahren. Ueber das Weite der Zeit ließ sich noch nichts in Erfahrung bringen.

Kas der Arbeitbewegung. Die für Freitag angeordnete Arbeitbewegung fällt aus.

Aus der Provinz

Schiedspruch im Bangewebe

Am Donnerstag 4. Oktober fanden in Halle neue Verhandlungen statt über die Festlegung des Grundlohns für den Monat Oktober. Die Unternehmer erklärten, daß sie nicht geneigt seien, irgendwelche Lohnerhöhungen einzutreten zu lassen. Es müßte deshalb das Bezirkslohnamt angewandt werden, das folgenden Schiedspruch fällte:

Unter Beachtung des Zulohnsommens von 9 August 1923 wird der Grundlohn für die Zeit vom 23. September bis einschl. 5. Oktober 1923 auf 23.322 000 M. festgesetzt. Es tritt der Feuerungsfaktor von 44,3 Prozent hinzu. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Bei gegenseitiger Annahme des Spruches beträgt der Spitzenlohn:

Grundlohn 23.322 000 M.
Feuerungsfaktor 44,3 Prozent 10.338 000 M.
Entwärtungsfaktor 15 Prozent 1.550 000 M.
85.210 000 M.

Es beträgt demnach der Stundenlohn (für Werktag und Abende) in der Spitze 35.218 000 M. Zu dem vorgenannten Lohnsatz kommt die tarifmäßig festgesetzte Wertezugulage von 1 1/2 Prozent.

Dehlig. Gewerkschaftsmitglieder heraus! Am Montag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Einheitslohn“ eine Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsrates Dehlig statt, in der das Dehligische Proletariat Stellung zu nehmen hat zu der von den Kapitalisten und ihren Anhängern. Das Verdicten der gesamten Arbeiterkassette ist unbedingt erforderlich.

Dehlig. Internat. Bund der Kriegsopfer. Die Mitglieder werden auf die heute, Freitag, 5. Oktober, abends 8 Uhr, im „Einheitslohn“ stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Wichtige Sache!

Dehlig. Kartoffelbelieferung für Rentenempfänger. Am Montag, dem 2. Oktober im „Einheitslohn“ der Rentenempfänger, die Belieferung mit Kartoffeln hat. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind. Die Belieferung ist auf den Montag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, um zu verschieben. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind. Die Belieferung ist auf den Montag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, um zu verschieben. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind.

An die „Klassenkampf“-Leser!

Der Arbeiter-Kassenpreis ist für 100 Stück mit 28% Wachstum festgesetzt. Hinzu treten weiteren Preissteigerungen für alle Zündmaterialien, zum Teil weit über 100 Prozent. Die Wähne, die bei weitem den wichtigsten Preissteigerungen nicht angemessen sind, werden hier nachgedrungen um 80 Prozent im Buchdruckgewerbe erhöhen müssen.

Die notwendige Erhöhung zwingt auch uns, den Abonnementbetrag für die zweite Oktoberwoche zu erhöhen, und fordert der „Klassenkampf“ für die Zeit

vom 8. bis 14. Oktober 33 Millionen Mark einschl. Trägereimlohn. Unsere Trägereimlohn sofort den Betrag ein und bitten wir die Leser, das Geld in großen Scheinen bereitzulegen. Da die Entlohnung für den Monat vom Freitag große Entlohnung, können wir berechnen nicht von dem Betrag der Zeitung auszugehen. — Die Herausgeber, die den Differenzbetrag für die letzte Septemberwoche nicht überwiegen haben, werden gebeten, dies umgehend zu tun. Verlag Stajkowicz.

Ungehörte Gasberechnung

Aus mehreren Jahresschriften entnehmen wir folgendes: Die Stadt treibt Wasser. Der Gaspreis macht in dieser Woche 10 gewaltige Sprünge, daß ein gewöhnlicher Erdgasbürger unmöglich wird, mit Gas zu kochen oder zu heizen. Es mag richtig sein, daß der Kohlenpreis enorm erhöht ist und dadurch auch der Gaspreis steigen muß. Aber damit ist die Gaspreissteigerung in der Stadt nicht gerechtfertigt. Beim letzten Anstieg des Gaspreises vom Herbst wurden die einzelnen Familien für rund vier Wochen durchschnittlich mit 800 bis 1000 Millionen Mark belastet, die bis Montag, dem 8. Oktober, an die Stadtkasse zu zahlen sein.

Was kochen die Arbeiter, die Kurzarbeiter und auch die, die 500 bis 800 Millionen Markden Lohn nach Hause bringen, dieses Geld bekommen? Haben sich die Herren Bürokraten nicht überlegt, daß das unmöglich ist? Es kommt aber noch schlimmer! Auf der vorgedachten Zahlungsstufe heißt es: „Bei Zahlungssteigerung über diesen Betrag kommen die am Zahlungstage gültigen Preise, sowie Verzugszinsen und Kaufprovision zur Berechnung.“ Vier Wochen hat die Stadt das Gas profession. Dann kommt man, berechnet zum Tagespreis und verlangt sofortige Zahlung, andernfalls werden die am Zahlungstage gültigen Preise ausgerechnet!

„Wir furcht der Verlust!“, föhreit uns eine Arbeiterfrau. Folgender Vergleich läßt sich mit anderen Worten sagen: Ein Arbeiter berechnen worden nach, dann hätte man nur ein Viertel des am Donnerstag erreichten Preises erhalten. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß man geneigt hat, bis der Gaspreis auf 18 Millionen Mark für einen Kubikmeter, gefallen sei, um für die Höhe der Waren einen auskömmlich hohen Preis zu fordern.

Es heißt jetzt, daß kein Arbeiter, Angestellter und Beamter diese Summe nach Hause bringen wird. Daher muß die Stadt die nächste Woche abgebenen Gasemengen zum Preise vom Montag, dem 2. Oktober, berechnen, oder die festgesetzte Summe in wöchentlichen Raten einfahren ohne die Summe selbst zu erhöhen. Für die Zukunft muß dann möglichst zweimal, mindestens aber einmal wöchentlich der Gaspreis festgesetzt werden.

Größere Hilfe kann sich die Rentnerschaft wohl kaum leisten. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn die Stadt nicht sofort eine Verringerung der Zahlungsbedingungen vornimmt, der Kaiserlicher der Stadtkasseprobleme am Montag fest nicht vom Gas allein . . .

Schon wieder neue Gaspreise.

Kurz vor Reaktionslohn wurde uns mitgeteilt, daß ab heute der Gaspreis 23 Millionen Mark für ein Kubikmeter, der Preis des elektrischen Lichtstroms 28 Millionen Mark für eine Kilowattstunde und der Preis für ein Kubikmeter Wasser 10 Millionen Mark beträgt. Außerdem werden die Preise nicht ohne die Veranlassung im Anzeigenteil der Zeitungen veröffentlicht. Zu dieser ungläubigen Erhöhung folgende Fragen? Was ist aus dem im November vorigen Jahres geschahen Vorstich über eine Gassteuerung von einem Monat geworden? Wie diese Summe werksfähig angelegt? Gibt diese Voranschätzung den Gasempfänger das Recht, auch jetzt noch das Gas nachträglich zum alten Preise zu bezahlen? Ferner: Hat sich der Lohn der hiesigen Arbeiter in dieser Woche auch vermindert?

Zum Angeheilen-Ortstar

Für die Sonnabend, den 6. Oktober, nötige Vorbereitung der unter der Ortstar fallenden Angehörigen hat die Arbeiterbewegung zu Halle die Mittel für 164 Frauen und 144 Kinder-Gruppenleiter beauftragt. Der Multiplikator zur Berechnung der Gehälter der Buchhaltungsangehörigen beträgt August-Grundlohn mal 139. Den Buchhaltungsangehörigen ist die Wochenzahlung bereits am Freitag, dem 5. Oktober, zu zahlen. August-Grundlohn selbst ist als Zulagefaktor plus 140 Prozent zu zahlen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Wichtig. Metallarbeiter! Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung im „Einheitslohn“. Ergeben alle Kollegen ihr Wohl!

Die Kommissarien der Bezaehler und Bezaehler-Verleger müssen Montag nachmittags um 2 Uhr in der Bezaehler-Kassette zu einer Sitzung in der Bezaehler-Kassette erscheinen. Tagesordnung: Was tun wir mit den Bezaehler-Kassetten und Bezaehler-Kassetten? Was tun wir mit den Bezaehler-Kassetten und Bezaehler-Kassetten? Was tun wir mit den Bezaehler-Kassetten und Bezaehler-Kassetten?

Die Erwerbslosenunterstützung in den einzelnen Städten

In einer ganzen Reihe von Städten wird neben der Erwerbslosenerleichterung noch manches getan, um die Not und das Elend der Arbeitslosen zu lindern.

In Zwickau erfolgt die Erwerbslosen bis zu einer gewissen Grenze kostenloses Licht oder Gas. Neben der Erwerbslosenerleichterung ist auch die Arbeitslosenunterstützung der Gemeinden und Staatsarbeiter aus Bürgereinkommen als außergewöhnliche Unterstützung ausgebaut worden.

In Zwickau ist ein Koffer für Arbeiterlose von Jentner solche unentgeltlich. Nach dem Verbrauch der letzten Wannen an Gas und Benz durch die Arbeitslosen zu werden, was nach bis zu 20 Kubikmeter Gas unentgeltlich abgegeben wird. Für Kinder bis zu drei Jahren erhalten sie täglich ein Liter Milch unentgeltlich. Öffentliche Verordnungen werden durch die Behörden finanziert, so daß die Erwerbslosen keine Saalmieteln usw. zu zahlen haben.

In Dresden ist eine Milchlieferung für die Erwerbslosen ausgebaut worden. Die Regierung wollte die Mittel dazu nicht bewilligen. Der Minister Dr. Zeigler aber hatte die Summe bereits zur Verfügung gestellt, so daß das Elend doch zur Ausbesserung kam.

In Braunschweig und Wolfenbüttel, diesen drei Städten neben den anderen Städten Braunschweigs, besteht ein großer Unterschied in der Unterstützung der Erwerbslosen. In Wolfenbüttel trägt die Stadt alle Kosten, die durch Vermittlungen entstehen. Seit der letzten Woche und durch die Stadt an die Erwerbslosen ungefähr 12 Pfund täglich pro Kopf, Kartoffeln, Brot usw. verteilt worden. Der Winterbedarf an Kartoffeln soll durch die Stadt zu vorgenommen werden, daß der Bedarf der Arbeitslosen stillgestellt werden kann. Seit zwei Wochen werden die Erwerbslosen in die Arbeitshäuser gegeben, aus dem gemeindlichen dieselben Unterstützungszugabe, die die Erwerbslosen erhalten. An die Erwerbslosen, Sozialrentner usw. sind bis jetzt 1500 Zentner Mehl verteilt worden. In Braunschweig bestehen denartige Einrichtungen nicht.

In diesen wenigen Beispielen soll nur gezeigt werden, daß es möglich ist, für die Erwerbslosen mehr zu tun, als es in vielen Orten bis jetzt geschieht. Hierzu ist natürlich der feste Zusammenfluß aller Arbeitslosen notwendig. Der Erwerbslosen allein ist bei dem schon Willen nicht in der Lage, der Erwerbslosen in allen Städten zu unterstützen. Zusammenhänge müssen, zeigen uns die Erfolge der Erwerbslosen in Wolfenbüttel. Zur Beibehaltung der Ausgaben, die sich im Interesse der Tätigkeit für die Arbeitslosen notwendig machen, wurde dem Erwerbslohn pro Kopf eine Million Mark gewährt, so daß ihm für seine Tätigkeit 400 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Kollegen und Genossen! Schließt Euch fest zusammen! Unterstützt den Erwerbslohn! Kämpft mit uns gegen den Hungertod!

Kaufkraft

Am Verdrachen von Kaufkraft sind die bürgerlichen Zeitungen heiß. Wenn die Leser der „Allgemeinen Zeitung“, sowie des hiesigen Adressbüchchens nur einigermaßen aufmerksam die Aufsätze ihrer Zeitung lesen mit viel Mühe, so ist ihnen bei diesen Blättern abwendend. Was bei den französischen (siehe Donnerstagsausgabe der „Allgemeinen“), westfälischen „Gesellschaft“ bedeutet, ist, von Arbeiter durch deutsche Unternehmer verlangt, „höchste nationale Pflicht.“ Die „Allgemeine“ entwirft sich ganz deutlich über die Angelegenheit, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet die schrittweise Arbeitszeit und die Affordarbeit eingeführt werden soll. Täglich verlangt daselbst die Verlängerung des Arbeitsentgeltes und ruft in dieser Ausgabe die Sozialdemokraten herbei, weil diese die unter der Firma Sozialer Gesellschaft folgende Verlangung der Arbeitszeit mit 61 gegen 58 Stimmen abgelehnt habe. Nach der Entziehung über das französische Unternehmerregiment hätte doch eigentlich der Interdisziplinäre die 53 Sozialdemokraten herbeizureufen müssen, die versprochen haben, daß sie als Arbeitsverträter und nicht als Mitarbeiter im Parlament sitzen. Doch im Gegenteil: steht: „Wiederarbeit und Intensivierung der Arbeit sind die vornehmsten Forderungen des Tages.“

Nachdem der demokratische Schieber nicht mehr in der Lage ist, die Sinnlosigkeit zu verzeihen, geht man über in die Lage, das was einem geizig noch hoch und heilig war, ab beschlagnahmen und die Unfähigkeit des demokratischen Parlamentarismus festzustellen. Es sind „große“ Worte von Belangung des Besten im Heisstag geredet. Wenn auch vom Reichstag in der Beziehung einige Fragen zu erwarten sind, so ist das von ihm auch nicht mehr viel zu erwarten. Die „Allgemeine“ hilft und rautes wobei sich das Wölkchen der Abgeordneten in der Wandbühne des Hofes

Arbeiter-Sport

Abte-Gasse (Bismarckstraße). Heute, Freitag, abends 8 Uhr findet unter Abte-Gasse (Bismarckstraße) der zweite Kampf. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist es unbedingt erforderlich, alle zu erscheinen.

Abte-Gasse. Am Sonntag, dem 10. Oktober, findet im Abte-Gasse (Bismarckstraße) der dritte Kampf. Die Belieferung mit Kartoffeln hat. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind. Die Belieferung ist auf den Montag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, um zu verschieben. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind.

Abte-Gasse. Am Sonntag, dem 10. Oktober, findet im Abte-Gasse (Bismarckstraße) der dritte Kampf. Die Belieferung mit Kartoffeln hat. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind. Die Belieferung ist auf den Montag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, um zu verschieben. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind.

Abte-Gasse. Am Sonntag, dem 10. Oktober, findet im Abte-Gasse (Bismarckstraße) der dritte Kampf. Die Belieferung mit Kartoffeln hat. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind. Die Belieferung ist auf den Montag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr, um zu verschieben. Es ist aufzuheben, weil es das Disziplinarrecht der Rentenempfänger mit, daß die Differenzen mit dem Arbeitgeber zu klären sind.

Die hängigen amtlichen Preisentwürfe (7 1/2 Uhr nachm.)

	10.	11.	12.	13.
	Preis	Preis	Preis	Preis
Amsterdam	25 111 000	226 590 000	215 400 000	215 544 000
Brüssel	29 327 000	29 874 500	29 392 500	27 067 000
Holland	29 243 000	26 867 000	24 435 750	24 561 250
London (1.1.1914)	23 475 000	275 825 000	249 750 000	249 250 000
Reuport (für 1.1.1914)	33 000 000	351 000 000	348 625 000	351 375 000
Paris	23 500 000	255 455 500	31 920 000	32 060 000
Wien	23 500 000	247 869 500	27 825 000	28 445 250
Wien D. Osterr. abgelehnt	—	—	7 730 000	7 770 000

1 Goldmark am 5. Oktober heute und auf Grund des amtlichen Dolarkurses = 142 744 744 744 M.

1 1/2 Uhr: Dollar 101 500 000 M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231005-14/fragment/page=0005



Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheinet wöchentlich. Preis pro Jahr 1.70 M. ...

Der Einzelpreis beträgt 2.200 000 M. für den ...

Einzelpreis 5 Mill. M.

Freitag, den 5. Oktober 1923

3. Jahrgang Nr. 233

Direktorium oder Arbeiter-Regierung?

Arbeiter, erwehrt Euch der drohenden Stinnes-Diktatur!

Das „letzte verfassungsmäßige Kabinett“, die „letzte Regierung des Reiches“, die Kapitalistenregierung Stresemann ist zurückgetreten. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert betraute Stresemann mit der Bildung eines Direktoriums.

Der Rücktritt Stresemanns und sein Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, ist die offene Kampfanlage an die Gesamtarbeitschaft. Die Vorgeschichte des Rücktritts: Die sozialdemokratische Fraktion war mit allem, was die Schwerkraft forderte, einverstanden.

Zu der Frage Sifferding, dessen Rücktritt von der Stinnespartei gefordert wurde, war die Fraktion nicht der Auffassung, an einer Personengruppe die Beilegung der Krise scheitern zu lassen.

Was den Achtundentag betrifft, kam ein Vermittlungsvorschlag, das Arbeitszeitgesetz auf dem regulären Wege der Gesetzgebung zur Verabschiedung zu bringen.

Die Preisgabe des Achtundentages war abgemacht. Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluss aufzubieten, damit notwendige Arbeiterarbeiten in Bergbau und in anderen Industriezweigen gesichert wird.

Die sozialdemokratische Fraktion hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre ganze materielle Autorität einsetzen werde, um liberale denks zur Verabschiedung, zur Weiterregung zu kommen, wo sie im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich ist.

Leipziger war beim Kaiser und erklärte, daß die Gewerkschaften bereit seien, auf die Arbeiter in dem Sinne eines Zielsetzung der Produktion und Gewährleistung von Arbeitsstellen einzurücken.

Das alles nützte ihnen nichts. Die Stinnesleute forderten eine offene Aufgabe der Sozialdemokratie vom Achtundentag. Das wollte sich die Sozialdemokratie von der Arbeiterchaft nicht. Deshalb wurde die Sozialdemokratie aus der Regierung hinausgedrängt.

Was nun, nach dem Herausfall der Sozialdemokratie aus der Regierung? Parlamentarische Möglichkeiten gibt es keine mehr. Die letzte bürgerliche verfassungsmäßige Regierung ist hochgefallen. Die bürgerlichen Stimmen genügen im Parlament nicht, um die vom Stinnesminister gewünschte Paradoxon im Maß gegen die Stimmen der Sozialdemokratie durchzuführen.

„Sagt man jeder Tag die Partei vor Entscheidungen, um außerordentlicher Tragweite stellen. Neue Fragen werden auftauchen ... Einigkeit ...“ Rein lares Wort, kein Kampfruf, keine Mobilisierung, kein Alarm.

Was kann aber die Arbeiterchaft von einer Partei erwarten, die allen Vätern der Stinnes-Diktatur vorbehaltlos zuneigt hat und nur um eine milde, für die Arbeiterchaft unverständliche „Formulierung“ betreibt?

Die notwendigen Vorbereitungen zu gemeinsamer Abwehr sind getroffen. Ein gemeinsamer Ausschuss ist gebildet. Von der Chemischen Arbeiterchaft erwarten die unterzeichneten Körperschaften unbedingt die Hilfe in jeder Sache.

Nur den Aufrechten des gemeinsamen Ausschusses ist Folge zu leisten.

Die Aufgabe der Arbeiter in den Betrieben und allen Arbeitsstätten ist klar:

Keine Stinnes-Seceit-Diktatur!

Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zur Abwehr der weißen Offensiv!

Druck auf die Instanzen proletarischer Organisationen! Zwingt sie zur Durchführung Eueres Willens!

Weg mit jedem, der der Arbeiter-Einheitsfront im Wege steht!

Weg mit jedem Landstneht der Stinnesdiktatur!

Kämpft für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Küßt zum Abwehskampf! Bildet Aktionsausschüsse, organisiert den politischen Massenstreik!

Treitet in den Betrieben sofort zusammen!

Gegen das Direktorium Geßler-Stinnes!

Für den Achtundentag!

Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Die Regierungskrise

(Eigene Meldung.) Berlin, 5. Oktober. Stresemann will im Laufe des heutigen Tages ein Kabinett dem Ebert präsentieren, dessen Mitglieder nach dem „Berliner Tageblatt“ sein sollen: Dr. Stresemann (DVP), Reichsfinanzminister und Außenminister, Dr. Geßler (DVP), Reichsminister.



Die alte Gefahr des gegenrevolutionären Umsturzes erobert die geschlossene Arbeiterfront der Arbeiterchaft. Unbehagen darüber zentraler Regelungen erklären die unterzeichneten Organisationen, daß sie entschlossen sind, alle Anstrengungen zu machen, um die Arbeiterchaft zu organisieren und sie in jeder Sache zu unterstützen.

Die notwendigen Vorbereitungen zu gemeinsamer Abwehr sind getroffen. Ein gemeinsamer Ausschuss ist gebildet. Von der Chemischen Arbeiterchaft erwarten die unterzeichneten Körperschaften unbedingt die Hilfe in jeder Sache.

Nur den Aufrechten des gemeinsamen Ausschusses ist Folge zu leisten.

Der einzige Ausweg!

Nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der Koalitionsregierung, der durch den Druck der mobilisierten sozialistischen Formationen, durch den Druck der Reichswehr, die alle Macht in den Händen hat, durch den Druck der Reichsregierung, die sich mit allen reaktionären Mächten auf Geheiß und Begehren verbindet, hat, erfolgte, trotz jeglicher im hinteren Lager unter die Reichsregierung. Der Sozialdemokrat Ebert hat ausgerechnet, wieviel Stresemann mit der Regierungsbildung beauftragt, die Regierungskrise schießt sich tagelang hin.

Die Demokraten bemühen sich um ein Zusammenfinden der Großen Koalition. Stresemann bietet dem Sozialdemokraten Solmann erneut einen Ministerposten an, den er ablehnen muß, bringt aber auch sein rein bürgerliches Kabinett nicht zusammen, weil er dem Stinnes nicht geigig genug ist und infolgedessen von dem rechten Flügel seiner eigenen Partei labortiert wird.

Währenddem aber dieser widerliche Aufschub vor sich geht, der von den Reaktionsären mit ganz bestimmter Absicht vertrieben wird, wird von Stunde zu Stunde die Gefahr für die Arbeiter größer.

Dem hinter den Kulissen des parlamentarischen Kabinetts verordnend die weiße Front der Reaktion ihre außerparlamentarischen Rüstungen; jedes Maßgeben der Demokratie beantwortet sie mit neuen unerhörten Forderungen. Sie ist bereit so weit, daß sie dazu ersucht, den ganzen demokratischen und parlamentarischen Plunder in Stücke zu schlagen und die offene brutale Diktatur eines Direktoriums zu proklamieren, das nichts anderes ist, als ein Stinnes-Direktorium.

Die Stinnesische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt das Kampfsignal, sie schreibt am 5. Oktober:

„Ganz von selber drängt sich allenfalls die Bemerkung auf, daß es der Parlamentarismus ist, der hier eine entscheidende Rolle durchmacht. Die Übergewicht kommt zum Ausdruck, daß Stresemann, der typische Exponent des deutschen Parlamentarismus, schließlich die geeignete Person ist, um die Krise eines Parlaments zu überwinden. Die Klassifikation des Parlaments ist eine höchst charakteristische Erscheinung in einer revolutionären Epoche. Der Wille ergreift die politische Gewalt, und die Diktatur ist da. Die Lebensfrage des deutschen Volkes ist: arbeiten oder verhungern.“

Der deutsche Parlamentarismus ist tot. Er hat zu den Konsequenzen geführt, die den Anfang zu ihm lagen. Was nun kommt, wird etwas Neues sein.“

Deutlicher kann sich die Arbeiterklasse die Kampfanlage nicht wünschen. Das Neue, das da kommen soll, ist die reine Stinnes-Diktatur, gestützt auf die sozialistischen Banden und alle reaktionären, monarchistischen Kräfte. Aus Deutschland soll mehr als ein zweites Italien, ein zweites Ungarn gemacht werden, alle Lasten sollen den Arbeitern mit brutaler Gewalt aufgedrückt werden: „Arbeiten oder verhungern!“

Die Dinge liegen furchtbar ernst. Dem hinter der Erhebung der Arbeiter, hinter den Auftritten des Reichspräsidenten Stinnes, mit seinem Geld hat er den Parlamentarismus finanziert, von seinen Agenten wird er dirigiert. Revidieren ist es, daß es Stinnes war, der die neue Regierungskrise ins Rollen brachte. Stinnes hat den rechten Flügel der Volkspartei vorgeschickt, er hat mit Helfert, dem Vertrauensmann Ludendorffs und Geckts verhandelt und der Plan des kleinen Direktoriums ist der Plan Stinnes. Der Kapitalmagnat Stinnes ist die Seele dieses Maßgebens gegen das arbeitende Volk, er ist alle Hebel in Bewegung, seine Freilich, seine Freilich, alle seine Kräfte, die er liberale haben hat.

Was jetzt ist die demokratische Schrit für Schritt zurückzuführen. Seine Berliner „Tageblatt“ gibt den Parlamentarismus bereits auf, es schreibt nur noch für eine Diktatur, in der die Demokraten vertreten sind. Es schreibt am 4. Oktober:

„Es gibt zwei Arten von Diktatur. Eine Diktatur gegen die Verfassung. Das ist das Ziel jener Stürmer und Dränger von rechts, die die Verfassung, die Würdigkeit unserer Reichseinheit und Rechtsstaatlichkeit, umstürzen wollen. Es gibt aber auch eine Diktatur für die Verfassung, die in Stunden der Gefahr eine solche Verfassung der Verfassung zum Zwecke aufhebt, um die Erfüllung in ihrer Gesamtheit zu sichern und zu halten. Wenn Dr. Stresemann sein Kabinett aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten bildet und die verfassungsmäßige Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz dieser Regierung nicht gefährdet ist, dann kann dies die notwendige Maßnahme die notwendige Mehrheit durch langwierige Verhandlungen links oder rechts zu erhandeln.“

Der Reichspräsident muß deshalb von der diktatorischen Verfügung, die ihm der Artikel 48 der Reichsverfassung anvertraut, Gebrauch machen. Er muß bei dem Dr. Stresemann gebildeten Ministerkabinett eine Regierung diktatorischer außerordentlicher Vollmachten übertragen, die ihr das Ermächtigungsgesetz verschaffen sollte. Auf Grund dieser außerordentlichen Vollmachten muß die Regierung dann im Währungs- und Steuerwesen, im Parzell- und Arbeits-